

Simburger Anzeiger

Taglich amtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Freishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 Mk. ohne Postbestellgeld.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Knieß,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. L. Lahm.

Anzeigenpreis: die 6zeilige 3-Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pfg. Die 21 mm breite Reklamezeile 1.90 Mk.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 34

Simburg, Freitag den 13. Februar 1920

83. Jahrgang

Der Termin der Reichstagswahlen.

Am Sonntag fand in Berlin im Herrenhaus die Haupt-
sitzung des Brandenburger Parteitages der deutschdemokra-
tischen Partei statt, in der der Abgeordnete Dr. Bachnide sich
in einer Weise mit den bevorstehenden Wahlen zum neuen
Reichstag beschäftigte, die dieses bedeutsame Thema in einer
allgemein interessierenden Form behandelte. Der demo-
kratische Abgeordnete ging davon aus, daß der Ruf nach Neu-
wahlen immer stärker werde, und daß sie stattfinden hätten,
sobald die Nationalversammlung das ihr noch vorliegende
Material erledigt habe. Gegenüber dem Vorwurf der Ueber-
alterung der Nationalversammlung, den Dr. Bachnide dabei
zurückwies, wäre wohl im Interesse einer allgemeinen Klärung
noch auszuführen gewesen, daß an sich nach einer gewissen
Zeit jedes Parlament überaltert ist und weiter, daß es eine
völlig unbedingte Bedingung darstellt, wenn gesagt wird,
die Nationalversammlung habe nach Berücksichtigung der Ver-
fassung überhaupt keine Existenzberechtigung mehr. Tatsäch-
lich ist seinerzeit bei Beratung des verfassunggebenden Parla-
ments beschlossen worden, daß es außer der Verfassung „auch
noch andere wichtige Entwürfe“ zu erledigen haben werde.
Im übrigen nahm aber Dr. Bachnide in durchaus dankens-
werter Weise einmal Gelegenheit, die Frage der Vorbereitung
der Reichstagswahlen eingehend zu erörtern, und er stellte
dabei durchaus mit Recht in den Vordergrund, daß in dem
Balkankrieg, in dem wir uns tatsächlich bereits seit langem
befinden, und der schon jetzt sehr heftig geführt werde, von
den Mehrheitsparteien bei der Gegenwart gegen die außer-
ordentlich rücksichtslose Agitationstätigkeit der Deutschnationalen
immer wieder betont werden müsse: wer hat uns in diese
Situation gebracht, wer hat die Niederlage herbeigeführt,
wer die unzulängliche Kriegsvorbereitung, wer den U-Boot-
krieg, und wer hat die Unterjochung Amerikas verschuldet?
Zum Thema „Monarchismus“ sei den Deutsch-Vollspär-
lern zu sagen, daß Dr. Stresemann sich seinerzeit eindeutig
an den Boden der Republik gestellt habe und ferner, daß
die Monarchie selbst das Land und uns verlassen habe und
jetzt in die für sie durchaus günstige finanzielle Ausein-
anderrechnung gewillt habe. Außerdem müssen wir auch die
Frage erheben: wo waren diejenigen, die jetzt den Thron
verteidigen, als dieser Thron zusammenbrach? Im übrigen
wies der Redner zum Schluß zuversichtlich auf die Tatsache
hin, daß die Mehrheitsparteien bei den letzten Wahlen 23,1
Millionen Stimmen, die Rechtsparteien dagegen nur 4,4
Millionen erhielten und daß dieser Vorsprung nicht so leicht
einzuholen sei. Der Abgeordnete Bachnide hat dann gesagt,
daß die Wahlen im Juni stattfinden könnten. Es liegt
kein Grund vor, daß die Regierung von sich aus dagegen
etwas einzuwenden haben würde. Die Voraussetzung ist
aber, daß keine „Zwischenfälle“ von außen oder von innen,
etwa durch Plünder von links oder rechts, bisher unvorher-
gesehene Störungen und Hemmnisse herbeiführen.

Ein neuer deutsch-französischer Konflikt.

Unsere Kohlenlieferungen. Pariser Drohungen.

Berlin, 11. Febr. (M.B.) Der französische Minister-
präsident hat der deutschen Mission in Paris folgende vom
8. Februar datierte Note zugehen lassen:

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Ver-
sailles, Teil VIII (Wiedergutmachungen), Artikel 236 An-
lage 5 § 2 hat sich Deutschland verpflichtet, an Frankreich
sieben Millionen Tonnen Kohlen jährlich zu liefern. Aus-
ßerdem soll Deutschland jedes Jahr an Frankreich eine Kohlen-
menge gleich dem Unterschied zwischen der Jahresförderung
der durch den Krieg zerstörten Bergwerke der Departements
Nord und Pas-de-Calais vor dem Kriege und der Förder-
ung der Bergwerke dieses Bedens in dem in Betracht kom-
menden Jahren liefern. Letztere Lieferung erfolgt zehn Jahre
lang und darf nicht mehr als 20 Millionen Tonnen jährlich
während der ersten fünf Jahre und acht Millionen Tonnen
jährlich während der fünf folgenden Jahre betragen. Anderer-
seits geht aus dem Protokoll vom 29. August 1919 über die
Verhandlungen bezüglich der Ausführung der Anlage 5 zu
Artikel 236 des Friedensvertrages hervor, daß die Mächte
voraussetzungen der vollständigen Lieferung der in der An-
lage 5 aufgeführten Kohlenmengen verlangen. Deutschland
hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1920 monatlich
den Alliierten 1.660.000 Tonnen zu liefern. Das entspricht
einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen
und stellt den Ersatz der zerstörten französischen Bergwerke
dar, einen Ersatz, der entsprechend dem Schlußsatz von
§ 10 der Anlage 5 ein Vorrangsrecht genießt.

Nun stellen unantastbare Dokumente fest, daß Deutsch-
land im Laufe des letzten Dezember 10.450.000 Tonnen
Kohlen produziert hat. Gemäß den in dem Protokoll vom
29. August 1919 ausgeprochenen Grundätzen hätte Deutsch-
land also an die alliierten Mächte 2.500.000 Tonnen liefern
müssen, während es nur 600.000 Tonnen geliefert hat. Die
im Monat Januar produzierte Menge ist merkwürdig geringer
gewesen und der Vertreter der deutschen Regierung bei der
Kohlenunterkommission in Essen hat amtlich erklärt, daß
Deutschland nicht mehr als monatlich 750.000 Tonnen Kohlen
liefern könne. Mehr als diese Menge ist bis jetzt niemals
geliefert worden. Die Gründe, die man vorgebracht hat,
um die Nichterfüllung dieser hochwichtigen Verpflichtungen
zu rechtfertigen und die auf die wirtschaftlichen Schwierig-
keiten des Deutschen Staates hinweisen, können nicht als
Rechtfertigung betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß
Deutschland für sich selbst eine Quantität zurückbehalten hat,
die erheblich höher ist als die, die es zur Ausführung seiner
Verpflichtungen benötigt: 60 Millionen Deutsche erhalten zur
Zeit monatlich acht Millionen Tonnen Kohlen, während

Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur über
3.250.000 Tonnen monatlich verfügt. Welches Recht kann
Deutschland anführen, günstiger gestellt zu sein als Frank-
reich, dessen Notlage lediglich auf die systematischen Ver-
wüstungen zurückzuführen ist, die durch die deutsche Oberste
Heeresleitung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem
bestimmten Ziele, die französische Industrie zu ruinieren,
befohlen worden sind? Die französische Regierung kann nicht
zulassen, daß die deutsche Regierung in Nichtachtung ihrer
Verpflichtungen und obwohl sie dazu imstande wäre, die
Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles
Interesse und Anrecht hat. Sie verlangt, daß Deutschland
die übernommenen Verpflichtungen ausführt, und ist ent-
schlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen,
die durch den Friedensvertrag sanktioniert worden sind.

Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensver-
trages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen
Regierung, daß, da Deutschland die Bestimmungen dieses
Vertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die
Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen be-
gonnen haben. Ferner: wenn am 1. März 1920 Deutsch-
land in weiterer absichtlicher Nichterfüllung dieser Verpflich-
tungen an Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fäl-
ligen Lieferungen sowie das volle Februar-Quantum geliefert
hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen,
zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungs-
maßnahmen und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen,
die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für
solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische
Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen
sein wird, andere Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen,
wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das
Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das
Inkrafttreten des Vertrages vorgesehen haben.

Hierzu wird, wie das M. L. B. meldet, von zuständiger
Seite bemerkt:

Die Kohlennote vom 8. Februar 1920 geht aus vom fran-
zösischen Ministerpräsidenten und ist gerichtet an den deutschen
Geschäftsträger. Sie beschwört sich über mangelhafte Koh-
lenlieferungen Deutschlands. Gegenüber den übernommenen
Verpflichtungen für die Behandlung der Kohlenlieferungen
aus dem Friedensvertrage ist lediglich der Wiedergut-
machungsausschuss zuständig. Er allein hat das Recht, die
deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen, er allein hat die
Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen und
er hat Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Ver-
pflichtungen nicht nachkommt. Der französische Ministerprä-
sident hat sich mit dieser Note Befugnisse angemahnt, die ihm
nicht zustehen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß seine
Note von unzureichenden Voraussetzungen ausgeht und zu
falschen Schlußfolgerungen gelangt.

Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem
Versailler Protokoll vom 29. August 1919 sind in der Note
unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll
lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohlen an die alliierten
und assoziierten Mächte sogleich beginnen zu wollen; be-
stimmte Mengen Kohlen vorzuschlagen hat Deutschland in
dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese
durchaus freiwillige Vorleistung von Kohlen hat das da-
malige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wieder-
gutmachungsausschuss nach seinem Zusammentritt, also nach
Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß
Deutschland auf der Grundlage der gesamten deutschen Er-
zeugung von 9 Millionen Tonnen Steinkohlen im Monat
1.660.000 Tonnen Kohlen an die Entente liefern soll und
zwar bis zum 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Er-
klärung der alliierten Mächte, mit der eine Ermäßigung der
im Friedensvertrag an sich vorgesehenen Gesamtmenge bis
zum 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Der Wieder-
gutmachungsausschuss hat diese Erklärung der deutschen Re-
gierung durch Note vom 30. Januar 1920 bestätigt. Da
nach § 10 des Anhangs V zu Teil 8 des Friedens-
vertrages die Anforderung des Wiedergutmachungsausschusses
und eine bestimmte vertragsmäßig festgesetzte Anlaufungs-
frist für den Beginn der Lieferungen entscheidend sind, folgt
aus Vorliegendem, daß eine Verpflichtung Deutschlands zur
Lieferung bestimmter Mengen Kohlen nicht bestand. Die
bisherigen Kohlenlieferungen sind als durchaus freiwillige
zu betrachten und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen
Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen
nicht erreicht worden sind. Im übrigen ist von deutscher
Seite in dem Protokoll und während des ganzen Verlaufes der
Verhandlungen die nachdrücklich abgegebene Erklärung wie-
derholt worden, daß Deutschland ohne schwere Schädigung
seines wirtschaftlichen Lebens vorläufig überhaupt nicht im-
stande sei, bedeutende Lieferungen zu machen.

Wirtschaftlich betrachtet liegt in der Tatsache der frei-
willigen Kohlenlieferungen vor Ablauf der im Friedensver-
trag vorgesehenen Anlaufungsfrist ein gewaltiges Opfer
Deutschlands und zugleich ein schlagender Beweis für die
Bereitschaft Deutschlands, seine Pflicht zur Wiedergut-
machung nach besten Kräften zu erfüllen. Hätte Deutschland
diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es
die bisher an die Entente gelieferten Kohlen seinem eigenen
schwer erschütterten Wirtschaftsleben zuführen können. Statt
dessen hat es sich dieser sehr erheblichen Kohlenmengen
entblößt, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Diese
freiwillige Leistung, gegen die sich die allerschwersten Bedenken
aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erhoben haben,
hätte eigentlich volle Anerkennung von Seiten der Alliierten
verdient.

Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf
Vergeltungsmaßnahmen, die nach dem Vertrag nur im Falle
vorläufiger Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage
kommen können, sowie auch eine Aenderung des Artikels 429

des Friedensvertrages, der die Räumungsfrist für die be-
setzten Gebiete regelt, nicht verhandlich erscheint. Auch für
die Beurteilung dieser Frage ist nicht die französische Re-
gierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuss zu-
ständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungs-
ausschuss Anlaß finden könnte, derartige Maßnahmen in Er-
wägung zu ziehen.

Die britische Liste der Beschuldigten.

Aden, 11. Febr. Wie die „Cologne Post“ mitteilt,
enthält die britische Liste sieben Abteilungen. Die erste be-
handelt den U-Bootkrieg und enthält die Namen von sieben
Admiralen, darunter von Tirpitz, Capelle und Scheer, sowie
von 20 Marineoffizieren, denen vorgeworfen wird, Schiffe
ohne Warnung und mit außerordentlicher Unmenschlichkeit
angegriffen und torpediert zu haben. Abteilung 2 bezieht
sich auf die Beschädigung offener Städte, Abteilung 3 auf das
Verlegen von Unterwasserminen, Abteilung 4 auf den Angriff
auf einen skandinavischen Geleitzug; diese Abteilung enthält
die Namen von zwei Kreuzerkommandanten, der Kreuzer
„Breme“ und „Brummer“, Abteilung 5 beschäftigt sich mit
Luftangriffen, weist zwei Namen auf und fordert außerdem
alle Personen, die für Luftangriffe auf offene Städte verant-
wortlich seien, sowie die Kommandanten aller beteiligten
Luftschiffe, Abteilung 6 behandelt den Fall des Raptins
Bratt und enthält den Namen des Admirals Schröder
sowie einen weiteren Namen. Abteilung 7 betrifft die Kriegs-
gefangenen.

Die erste Sitzung des Völkerbundesrates.

London, 11. Febr. (M.B.) Havas. Die erste
Sitzung des Völkerbundesrates wird von kurzer Dauer sein.
Einige der Hauptfragen schienen auf folgende Art und Weise
gelöst zu werden: Die Schweiz wird in den Völkerbund
aufgenommen; Sir Reginald Tower wird als Oberkommissar
für Dänzig bestätigt werden; als Kommissar für das Saar-
becken sollen, wie vorgesehen, ein Franzose und ein Saarländer
ernannt werden. Man spricht davon, daß die drei andern
zu ernennenden Kommissare ein Skandinavier, ein Belgier
und ein Spanier sein werden. In dieser Angelegenheit ist aber
Bestimmtes noch nicht beschlossen worden. Die Frage eines stän-
digen Gerichtshofes wird bei den Beratungen eine wichtige
Rolle spielen. Großbritannien wird ebenfalls einige Fragen
des Transit darlegen. Für diese Fragen ist die Ernennung
einer Kommission vorgesehen.

Der Kaiser gegen den Kronprinzen.

Berlin, 12. Febr. Wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, ist
die freiwillige Stellung des deutschen Kronprinzen ohne Wissen
des Kaisers geschehen. Der Kaiser ist von dem Schritt voll-
kommen überrascht worden und mißbilligt ihn auf das ent-
schiedenste. Der Kaiser hat dem Kronprinzen die freiwillige
Stellung verboten und von dieser seiner Willensmeinung die
niederländische Regierung telegraphisch verständigt.

Eine Antwort Wilson?

Washington, 12. Febr. In offiziellen Kreisen ver-
sichert man, daß Präsident Wilson die Absicht habe, auf den
Brief des früheren deutschen Kronprinzen, in dem sich dieser
bereit erklärt, sich den Alliierten zu stellen, offiziell zu ant-
worten. Der Präsident wird ausführen, daß er nach wie
vor gegen jedes Vorgehen sei, das die Auslieferung und Ab-
urteilung von solchen Personen bezweckt, die der Verletzung
der Kriegsgesetze beschuldigt werden, seien es Zivil- oder
Militärpersonen.

Das endgültige Ergebnis der Abstimmung in Nordschleswig.

Riel, 11. Febr. (M.B.) Nach dem amtlichen Er-
gebnis der Volksabstimmung in der ersten Zone Nordschles-
wigs wurden abgegeben: 25.223 Stimmen für Deutsch-
land, 74.887 für Dänemark.

Das für uns verlorene Gebiet der ersten Zone: Nord-
schleswig ist 390.000 Hektar groß. Es hatte 1910 167.000
Einwohner.

Aus Hensburg wird gemeldet: Die Dänen scheinen nun
doch mit ihrer Absicht durchdringen zu sollen, daß die Ab-
stimmung in der zweiten Zone auf einen späteren Zeitpunkt
verschoben wird. Wie seinerzeit mitgeteilt, war die Wahl
der Kommission gegen heftigen dänischen Widerstand auf
den 7. März gefallen. Nun hat die internationale Kom-
mission am 10. Februar die Frage nochmals erörtert. Es
ist zwar zu keinem Beschluß gekommen, doch scheint es,
daß man sich auf den 14. März einigen wird.

Jur Volksabstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 11. Febr. (M.B.) Die vereinigten Ver-
bände heimattreuer Oberschlesier teilen mit: Von behörd-
licher Seite erfahren wir, daß jetzt bereits viele Leute einen
politischen Paß für die Volksabstimmung beantragen. Da
die endgültigen Paßbestimmungen der Entente-Kommission noch
nicht herausgekommen und außerdem die von den vereinigten
Verbänden eingelegten Schritte um Nachlaß der Paßge-
bühren von drei Mark noch nicht erledigt sind, ist es durchaus
unzweckmäßig, schon jetzt Pässe zum Zwecke der Volksab-
stimmung sich ausstellen zu lassen. Sobald alle in Be-
tracht kommenden Fragen erledigt sind, wird der Öffent-
lichkeit hierüber Mitteilung gemacht werden.

Die Räumung Oberschlesiens vollendet.

Breslau, 11. Febr. (M.B.) Das Generalkom-
mando des 6. Armee-Korps teilt mit: Die Räumung der
Zone 2 des Abstimmungsgebietes in Oberschlesien (Oppeln)
ist ohne Zwischenfälle erledigt worden. Die militärische Räu-
mung von Oberschlesien ist damit beendet.

Aus Danzig.

Danzig, 11. Febr. (W.B.) Heute vormittag kam der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig, Kogina Id Tower, von Paris an. Oberbürgermeister Sahm ließ ihn im Namen der Stadt willkommen. Der Oberkommissar antwortete in deutscher Sprache. Er drückte seine große Freude darüber aus, im Auftrag der alliierten Mächte die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, und hob hervor, daß seine Bemühungen nur dann den gewünschten Erfolg haben könnten, wenn er auch die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers erhalten könne. Es unterliege keinem Zweifel, daß, wenn das Volk in gemeinsamer Arbeit seine ganze Energie und Tatkraft allein den friedlichen Zielen seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft eines neuen glänzenden Zeitabschnittes in der Geschichte Danzigs sich eröffnen werde.

Die preussische Regierung und das Rheinland.

Berlin, 11. Febr. (W.B.) Ministerpräsident Hirth, der von seiner Rheinlandsreise zurückgekehrt ist, die er im Begleitung von vier preussischen Ministern unternommen hatte, äußerte einem Mitarbeiter des Wolffbüros gegenüber Folgendes: Wir haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Ergebnisse möchte ich vor allem festhalten, einmal, die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Besatzungstruppen ganz außerordentlich schwer. Der seelische Druck, der auf ihr lastet, ist auf die Dauer unerträglich. Und ferner: die überaus starke Belastungsprobe, der die vaterländische Gesinnung der Rheinländer in dieser Zeit der Fremdherrschaft ausgesetzt ist, wurde von der Bevölkerung bisher glänzend überstanden. Ich habe zu meiner aufrichtigen Freude festgestellt können, daß die ganz gewaltige Masse der Rheinländer von den separatistischen Strömungen immer deutlicher abdrückt. Alle Beleuerungen der Sonderbündler, die Bevölkerung glauben machen zu wollen, daß sie nur gegen das „reaktionäre Preußen“ kämpfen, aber den deutschen Charakter der Rheinländer nicht antastet wollen, können heute niemand mehr über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir haben weiter, daß die Politik der Franzosen äußerst geschickt ist, und daß sie entsprechende Gegenmaßnahmen notwendig macht. Die preussische Staatsregierung ist fest entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest von Abhängigkeit im Rheinland zu beseitigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift, nach Ressorts getrennt, zusammenzustellen. Das Staatsministerium wird unverzüglich zu ihrer Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Entschlüsse treffen. Allgemein verlangt man in den Rheinlanden, daß wir öfter herüberkommen, um einen ständigen Gedankenaustausch mit der Bevölkerung zu sichern. Ich hoffe, daß, wenn wir das nächste Mal im Rheinland sein werden, man drüben bereits gesehen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

Die Ankaufspreise für Reichsilbermünzen.

Berlin, 11. Febr. (W.B.) Im Zusammenhang mit der neuen Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin, die für den Handel mit Reichsilbermünzen einen Monopol der Reichsbank gleichkommt, erhöht diese die Ankaufspreise für Reichsilbermünzen auf das Nennwertes, so daß die Reichsbank-Hauptkassette und alle Reichsbank- und Postanstalten für Einmarkstücke 8 Mark, für Zweimarkstücke 16 Mark, Dreimarkstücke 24 Mark, Fünfmarsstücke 40 Mark, Halbmarsstücke oder Fünzigpfennigstücke 4 Mark und für ein silbernes 50-Pfennigstück 1,60 Mark bezahlen. Für Taler werden auf Grund des höheren Silbergehalts 26,50 Mark bezahlt. Bei abgenutzten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Der freie Silberhandel verboten.

Berlin, 11. Febr. (W.B.) Der Reichswirtschaftsminister erließ unter dem 7. Februar eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin, die für den Handel mit Reichsilbermünzen einen Monopol der Reichsbank gleichkommt und außerdem den Hausierhandel mit Edelmetallen und daraus hergestellten Münzen und Waren verbietet. Der Verkauf von Reichsilbermünzen zu einem den Nennwert übersteigenden Preise an andere Stellen als die Reichsbank ist strafbar. Die Reichsbank erhöhte im Zusammenhang hiermit die Ankaufspreise für Reichsilbermünzen auf das Nennwertes.

Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Eberstein.

(Nachdruck verboten.)

„Würden Sie mit die beiden Widder verkaufen, Herr Wawra?“

Der junge Photograph blickte überrascht und ein wenig misstrauisch auf.

„Zu welchem Zweck?“

„Zu keinem besonderen Zweck. Wohl — sie interessieren mich und üben eine merkwürdige Anziehungskraft auf mich aus.“

Wawra zögerte noch.

„Ich weiß wirklich nicht, was ich tun soll? Einerseits bin ich Ihnen so viel dankbar, daß ich glücklich wäre, Ihnen einen Wunsch erfüllen zu können. Andererseits — ich nehme die Bilder zu meinem Vergnügen, ohne Wissen der betreffenden Personen auf und möchte um keinen Preis daß aus einer Indiskretion mir oder anderen Unannehmlichkeiten erwachsen würden.“

„Darüber können Sie beruhigt sein. Ich will sie nur für mich und werde gewiß keinen Mißbrauch damit treiben.“

„Dann nehmen Sie sie in Gottesnamen!“

„Erlauben Sie mir eine Hundertkronennote vor den jungen Mann hin, der indes erschrocken abweicht.“

„Das ist ja viel zu viel! Was fällt Ihnen ein! Ich nehme überhaupt keine Bezahlung dafür von Ihnen an.“

„Dann verwenden Sie das Geld eben anderweitig und betrachten sie es als kleinen Betrag für Material zu weiteren künstlerischen Schöpfungen. Und nun kein Wort mehr darüber, wenn ich Ihnen gut bleiben soll.“

Er schob die Bilder in die Tasche und brach bald danach auf in dem Bedürfnis, mit seinen Gedanken allein zu sein.

Aber auf der Treppe wurde er noch einmal aufgehalten. Fräulein Errath kam gerade, ein Tuch um den Kopf geschlungen, aus der Kammer am Ende des Korridors heraus, in der sie, ihrem Aussehen nach zu schließen, Ordnung gemacht hatte. Sie machte ein sehr ärgerliches Gesicht und Hempel, der sich kühnlich auch mit den beiden Damen Errath

Ein aufsehenerregendes Urteil im Bucherverfahren.

Berlin, 11. Febr. (W.B.) Das Buchvergehen des Landgerichts 2, Berlin, entschied heute dahin, daß der Artikel der Buchverordnung, der sich mit der prozessualen Regelung des Bucherverfahrens, beschäftigt, rechtungsgültig ist.

Paule Fische im Geschäftsgang der Reichsilberverförgung.

Die Essener Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die „Reichsilberverförgung Berlin“ wegen Preiswuchers und Kettenhandels eingeleitet. Die Reichsilberverförgung hatte große Sendungen aus Holland bezogener Salzheringe bei Essener Firmen beschlagnahmt, sie zu einem geringen Preise selbst übernommen und den Essener Firmen zu ungeheuren Bucherpreisen wieder angeboten. Der frühere Vorsteher der Reichsilberverförgung, Nathan, wurde verhaftet. Wäcker und Bankguthaben der Reichsilberverförgung wurden beschlagnahmt. — Wie die „Vossische Zeitung“ im Anschluß an diese Nachrichten erzählt, hat die Reichsilberverförgung Salzheringe, die Essener Firmen von holländischen Firmen für 390 bis 405 Mark die Tonne zugeliefert erhalten hatten, zum Preise von drei Mark die Tonne selbst übernommen und dann die beschlagnahmten Fischsendungen den Essener Firmen zum Preise von 450 Mark die Tonne wieder angeboten.

Die „Rote Fahne“ verboten.

Berlin, 11. Febr. (W.B.) Wie das „V.T.“ meldet, wurde das Berliner Organ der Kommunistischen Partei, die „Rote Fahne“ bis zum 25. Februar verboten.

Mangin von Dorten beschworen.

Der dem früheren französischen Ministerpräsidenten Briand nahestehende „Clair“ macht seit mehreren Tagen eine förmliche Kampagne zugunsten des Generals Mangin, der von der neuen Regierung in den Obersten Kriegsrat berufen worden ist. Der „Clair“ verlangt, daß der General Mangin wieder nach Mainz zurückgeführt werde zugunsten der Bewegung für eine unabhängige rheinische Republik. Der „Clair“ gibt offen zu, daß er mit Dr. Dorten in Verbindung stehe, und daß dieser sich beklage, weil die französische Regierung mit der Abberufung des Generals Mangin die Bewegung über hauptsächlichsten Stütze beraubt habe.

Deutsche Rückzahlungen an Polen.

London, 11. Febr. (W.B.) Savas.) Die deutsche Regierung hat sich Polen gegenüber dahin ausgesprochen, daß sie bereit sei, die während der Besetzung verausgabten polnischen Markstücke wieder zurückzugeben; auch sollen sämtliche aus Polen weggeführten Güter ersetzt werden.

Das Zweikammer-System in Polen.

Die Erste Kammer in Polen sollte nach einem Regierungsvorschlag den Namen „Reichsschuh“ erhalten. Der Verfassungsausschuß lehnte jedoch diese etwas aufdringlich symbolische Bezeichnung ab und wählte den geläufigeren Namen Senat. Er soll aus 72 Mitgliedern bestehen. Jede Wojewodschaft entsendet einen Vertreter, jedoch haben die großen Städte (Warschau, Lemberg, Krakau, Polen, Lodz, Wilna) ihren eigenen Vertreter. Die Geistlichkeit erhält im ganzen acht Repräsentanten, davon die katholische Kirche fünf, die Hochschulen delegieren dreizehn Vertreter. Der Senat hat die Pflicht, Gesetzentwürfe innerhalb 60 Tagen zu prüfen und sie dann mit einem Gutachten der Regierung der zweiten Kammer zu überreichen.

Der Adriastreit.

Bern, 11. Febr. (W.B.) Wie welschweizerischen Blättern aus Belgrad gemeldet wird, hat die jugoslawische Regierung folgende Gegenwortsätze zur Lösung der Adriastfrage in Paris unterbreiten lassen: 1. Trium und sein Hinterland bleiben unter dem Schutze des Völkerbundes. Die Eisenbahnen und Häfen gehen in jugoslawische Verwaltung über. 2. Jugoslawien erkennt die Autonomie von Zara an, obwohl durch die Trennung dieser Stadt vom übrigen Dalmatien das wirtschaftliche Lebensgefühl über Zara ausgesprochen wird. 3. Albanien bildet einen freien unabhängigen Staat innerhalb der von der Londoner Konferenz 1913 festgesetzten Grenzen. 4. Gewisse Inseln müssen zu Jugoslawien kommen. 5. Jugoslawien, die unter italienische Herrschaft kommen, müssen bestimmte Garantien erhalten. Jugoslawien beantragt gemäß der Entscheidung vom 20. November 1919 seinen Anteil bei der Aufteilung der österreichischen Handelsflotte.

auf freundschaftlichen Fuß gestellt hatte, nicht stehen, um sich nach dem Befinden ihrer Hand zu erkundigen, die noch immer nicht ganz gut war.

„Danke, Herr Moders, es geht ja viel besser damit und ich habe beinahe keine Schmerzen mehr. Wenn man nur sonst nicht so viel Kummer hätte!“ sagte sie in weinerlichem Ton. „Aber es gibt so unverschämte Leute auf der Welt, daß man es wirklich kaum glauben kann! Als ob man nicht schon Arbeit genug hätte, besonders jetzt, wo unsere Aufwartefrau uns im Stich ließ und Mama und ich alles allein besorgen müssen.“

„Was ist denn passiert, Fräulein Errath?“ fragte Hempel teilnehmend. „Wer hat sich erlaubt, unverschämte gegen Sie zu sein?“

„Ihr Vorgänger, dieser laubere Herr Sparbach! Ich konnte ihn nie recht leiden, obwohl er immer so zudringlich betonte, er möchte recht gute Nachbarschaft mit uns halten und es an Versuchen nicht fehlen ließ, mit uns in Verkehr zu treten. Aber wir hatten gar keine Sehnsucht nach einem derartigen Verkehr und verhielten uns immer ablehnend. Nun sieht man, wie recht wir hatten und was dieser Mensch unter „guter Nachbarschaft“ verstand!“

Hempel hatte hoch aufgeschaut bei dem Namen Sparbach. Er fragte nun lächelnd: „Oho, was hat er denn verbrochen?“

„In unsere Kammer ist er heimlich eingedrungen und hat dort eine schändliche Unordnung angerichtet.“

„In welche Kammer?“

„Nun diese dort am Ende des Korridors, die gerade an Ihre Wohnung stößt. Sie gehört uns und wir bewahren dort Vorräte auf, die wir uns jetzt in der Kriegszeit anlegen. Der Schlüssel habe ich immer bei mir, bin aber in der letzten Zeit nicht hinübergekommen, da wir nichts zulassen und die Vorräte auch nicht angreifen wollen. Gestern aber schickte uns unsere Tante Leigwaren, die sie zufällig erkand und diese wollte ich heute in der Kammer drüben aufbewahren.“

„Nun — und?“

„Ich glaubte, mich trübe der Schlag, als ich die Tür öffnete! Wo ich stets auf peinlichste Ordnung und Sauber-

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 13. Februar 1920

„Eine fleischlose Woche. Das Stadt-Bensmittelamt teilt uns mit, daß wegen der geringen zur Verfügung stehenden Menge in dieser Woche Fleisch nicht zur Ausgabe gelangt. Fleisch für Kranke wird bei Metzger Georg Schmidt, Fischmarkt, abgegeben.“

„Auszeichnung. Durch das Bezirkskommando hier wurde dem Leutnant der Res. E. J. Moser von seinem Truppenteil für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen.“

„Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen Herrn Rechnungsrat Hofmann und Herrn Rangleitinspektor S. Pfortner.“

„Im Verdacht einen Fahrad Diebstahl bei dem Rädermeister Gemmer begangen zu haben, wurde gestern ein junger Limburger Bursche in Haft genommen.“

„Die Diebin, die den Kindern auf der Straße ihre Sachen abhändelt, hat ihr Treiben, wie es scheint, wieder aufgenommen. Gestern trat auf dem Schulhof der Wittelsminkschule eine Frau an die Kinder heran, die gerade in die Schule gehen wollten und fragte ein siebenjähriges Mädchen: „Bei wem gehst du in die Schule?“ Als das Mädchen den Namen der Lehrerin angab, verleitete sie es mit den Worten: „Du sollst für Euer Fräulein (die Lehrerin) Bücher in Kurtenbach holen“, mitzugeben. Die Person begleitete darauf das Kind durch die ganze Stadt bis zur Privatwohnung Kurtenbach in der Nähe des Bahnhofs. Dort nahm sie dem Kind den Lederrücken ab mit der merkwürdigen Begründung: „Du mußt den Rücken abtun, damit du nicht erkranke wirst“, und schickte es in die Wohnung hinaus. Als das Kindchen wieder auf die Straße herabkam, war die Person spurlos verschwunden. Nach den Angaben der Kinder ist sie etwa 20 Jahre alt, trug einen schwarzen Mantel mit schmalen schwarzem Pelz am Kragen, eine schwarze Mütze und bläuliche und schwarze Schuhe. — In letzter Stunde erfahren wir, daß die Diebin gestern auch in Gießen aufgegriffen ist und dort einem Kinde die Schulbücher des Limburger Kindes gestohlen hat, ihm dafür aber die Schulchen abgenommen hat. Die Personenbeschreibung paßt genau auf den Limburger Bild, Leider ist auch dort die Festnahme nicht gelungen.“

„Die öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei in der „Alten Post“ mit Dr. Quard als Referenten war durch einen sehr guten Besuch ausgezeichnet. Das von ebensoviele politischem Weltbild wie Ueberzeugungswärme durchdrungene Referat hat die politische Lage und die Notwendigkeiten der Stunde treffend charakterisiert und vor allem einmal ein leuchtendes Bild von der Arbeit entworfen, die seit dem Zusammenbruch durch die Regierung und die Parlamente geleistet worden ist. Man kann es verstehen, wenn Dr. Quard mehr als einmal mit Bitterkeit von der Verleugnung und Nichtachtung sprach, die diesem großen Werk politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen von vielen entgegengebracht wird. Dr. Quard ging von der Tagesfrage, dem Auslieferungsbegehren der Entente aus, das in seiner Brutalität nur in den Triumphzügen römischer Imperatoren eine Parallele besitze. Im Grunde sei es nur die Konsequenz der ganzen Rachepolitik der Entente, die den Gefahren, die Europa drohen, blind gegenüberstehe. In der Wiedergutmachungskommission besitzt die Entente ein Werkzeug, das wie kein anderes geeignet wäre, den Grund zu einem Neuaufbau Europas zu bereiten, statt dessen wirft sie sich jedem Versuch der Reorganisation unserer Arbeit in den Weg. Ein Sieger würde von dem Gedanken ausgehen, daß dieser Krieg alle schwer getroffen hat und der Aufbau nur gemeinsam möglich ist. Was die Entente aber zu ihrer Handlungsweise bestimmt, ist die Angst vor der modernen deutschen Sozialgesetzgebung. Sie fürchtet, ihre Völker könnten eines Tages ähnliches verlangen und darum hält sie sie uns beizeiten nieder. Der Zusammenbruch der Moral ist so schlimm, wie der der Wirtschaft auch. Diejenigen, die heute über Arbeitslosigkeit und übertriebene Forderungen jammern, die sollten sich erinnern, daß die von den Gewerkschaften delämpierte wahnwitzige Lohnpolitik in der Munitionsfabrikation es war, die den normalen Gang der Lohnentwicklung in chaotisches Durcheinander gebracht hat. Welche ungeheures Werk von den geschlagenen Körperschaften in kaum Jahresfrist auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vollbracht worden ist, davon ist im Volke viel zu wenig bekannt, sonst wären die dauernden Widerstände gegen die Regierungsarbeit nicht möglich. Man fragt sich, wo das nationale Gewissen der Politik und stillen Widerstandes bleibt, die stets in dieselbe Reihe hauen wie die

teit gesehen, herrscht jetzt ein wildes Durcheinander von gesplitterten Holzstücken, Holzwohle und Leinwandstücken. Alles nur so hineingeworfen, als wäre unsere Vorratskammer eine Müllgrube. Das Schlimmste ist, daß Herr Sparbach, als er sich auf diese unverschämte Weise der Dinge entledigte, nicht die geringste Rücksicht auf unsere sorglich gehüteten und so mühsam beschafften Vorräte nahm! Ein Dukend Einmachgläser sind zertrümmert, wenigstens fünf Kilo Weß durch den ausgelassenen Saft derselben verdorben und eine Menge konzentrierter Eier kaputt. Er muß die Bretter wie ein Wilder sinnlos hingeworfen haben, ohne Rücksicht wozu sie fielen! Ich wollte Ordnung machen, aber ich kann einfach nicht! Ich bin empört. Am liebsten möchte ich weinen!“

„Das war freilich eine ärgerliche Entdeckung für Sie, Fräulein Errath. Aber wozu wissen sie denn, daß es gerade Sparbach war, der das Unheil anrichtete?“

„Das will ich Ihnen sagen. Auf einem der zerbrochenen Bretter lagte noch ein Bohnenteller mit dem Aufdruck „Berlin“. Und Herr Sparbach bekam kürzlich, wie ich mit eigenen Augen sah, eine große Risse aus Berlin zugestellt. Ich bestand mich gerade hier am Korridor, als die Bohnenteller in seine Wohnung schafften und sah damals denselben Teller mit Berlin darauf. Sparbach sagte, es sei eine Musterkollektion, die ein Kunde hier bestellt habe.“

„Erinnern Sie sich vielleicht noch, wann das war, Fräulein Errath?“

„O ja. Am 26. April. Es war gerade Mamas Geburtstag. Darum weiß ich es so genau. Unbegreiflich ist mir nur, wie der Mensch in unsere Vorratskammer eindringen konnte? Er muß sich ja dazu geradezu einen zweiten Schlüssel verschafft haben!“

„Wahrscheinlich ließ er sich einen solchen anfertigen.“

„Aber weshalb ließ er denn das Zeug nicht in seiner eigenen Wohnung zurück, sondern schaffte es in unsere Kammer?“ Das steht doch nach reiner Bosheit aus!“

Hempel lächelte. „Im war die Sache ganz klar und bedeutete eine kostbare Entdeckung. Die angebliche „Musterkollektion“ war wahrscheinlich der Koffer, der auf diese unverschämte Weise ins Haus geschafft wurde. Seine Unschlüssigkeit wollte Sparbach nicht in der eigenen Wohnung zurück-

Wiedergutmachungskommission. Der Ruf nach dem starken Mann ist unnötig, weil so weitverbreitete Aufgaben wie die unserer Zeit nicht aus einer Hand zu lösen sind. Die Bulettafrage ist in ihrer Gefahr noch gar nicht erkannt. Hier müßte wirklich jede einzelne Hand zur Besserung mitwirken. Statt dessen arbeitet besonders die Großindustrie aus ganz ungeleiteter Gewinnsucht jeder großzügigen Maßnahme zur Hebung der Baluta entgegen, die ihr selbst zugute kommen würde. Genau so geht es in der Steuerpolitik. Jeder möchte die Lasten auf eine andere Berufsgruppe abwälzen. Wenn die Einsicht nicht wächst, ist eine Katastrophe unausbleiblich. Der Mangel an Gemeinfinn droht unser letztes Gut zu zerstören. „Arbeiten, arbeiten“ heißt zwar die Parole, aber so zu rufen ist nur der berechtigt, der selbst mit tätig ist. Das sollten sich vor allem die Deutschnationalen merken, die den Gemeinfinn bei den Landwirten untergraben. Dasselbe Uebel ist bei zahlreichen reaktionären Landräten festzustellen, die mit den Großgrundbesitzern unter einer Decke stehen. Bei ihrer Arbeit hat die Regierung den Grundbesitz, immer die interessierten Kreise zur Beratung heranzuziehen, während früher nur vom grünen Tisch aus diktiert wurde. Die Früchte der Regierungsarbeit, die Erleichterungen, die allen Berufsständen verschafft worden sind, die Beseitigung all der entbehrlichen engherzigen Bindungen durch das stärkere System wird von allen zwar gern hingenommen. Aber nie hört man darüber ein Wort der Anerkennung. Eine lebendigere Anteilnahme an der Regierungsarbeit müßte sich jeder zur Pflicht machen. Denn nur aus der Zusammenarbeit könne Ersprießliches erwachsen, nur durch die Bemühungen des Volksganges könnten wir vorwärts kommen. — Die Diskussion bestand in einer einzigen Auseinandersetzung sozialdemokratischer Redner mit dem Unabhängigen Ratzl, der u. a. die Schließung der Eisenbahnwerkstätte zur Sprache brachte und für ein schreiendes Unrecht erklärte. Die Arbeiterschaft habe an der Wirtschaftlichkeit des Betriebes kein Interesse, solange der Mehrertrag kapitalistischen Interessen zugute komme. Der sozialdemokratische Parteisekretär Ho in erklärte darauf, daß Mehrerträge einer Eisenbahnwerkstätte nur dazu dienen könnten, die Steuerlast zu vermindern und das Bahnwesen im Interesse der Allgemeinheit in Ordnung zu bringen. Die Wirtschaftlichkeit liege also sehr wohl im Interesse der Arbeiter. Es antworteten auf die Ausführungen Ratzl noch Kohl von der Mehrheitssozialdemokratie und Dr. Dular in seinem Schlusswort, in dem er nochmals zur Mitarbeit in der Politik aufrief.

Eine bedeutende Preiserhöhung für Zandhölzer steht nach einer Mitteilung der Anhaltischen Zandwarenfabrik in Roswig unmittelbar bevor. Statt des Preises von 1,30 Mark für zehn Schachteln, ist der künftige Preis 3,50 Mark. Die Reichsstelle hat ihre Genehmigung bereits erteilt.

Danborn, 12. Febr. Der Hiesige Turnverein veranstaltet Samstag, den 21. und Sonntag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Saalbau Dierkerweg eine Abendunterhaltung. Neben zahlreichen turnerischen Vorführungen wird die Kallie-Szene aus Schillers „Tell“ aufgeführt. Karten zu den beiden Abenden sind ab 17. Februar bei Kaufmann August Seid zu haben.

Aus dem Unterstaatskreis, 12. Febr. Auf Veranlassung der Kreisbauernschaft findet am Sonntag den 15. Februar 3 Uhr nachmittags, in Freudenitz und Flachl Besprechungen statt, in denen dort Landwirtschaftslehrer Weiß und hier Direktor Eisinger, Wiesbaden, über die kommenden Reichstagswahlen sprechen werden.

Sahlgarten, 12. Febr. Der Männer-Gesangsverein Sahnstätten, Dirigent Herr Lehrer Müller aus Oberneisen, veranstaltet am kommenden Sonntag, den 15. Februar, abends 7,30 in der Turnhalle ein öffentliches Konzert mit Ball. Es kommen außer mehreren sehr schönen Männerchören und einigen Liedern des Herrn Wittstadt das Theaterstück „Die Wassen nieder“ von Bertha Stutner zur Aufführung. Der Verein, welcher weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus bekannt ist, hat unter der Leitung des Herrn Müller schon sehr bedeutende Erfolge erzielt und verfügt auch zurzeit über ausgezeichnete Kräfte.

Ermberg, 10. Febr. Hier hat sich ein Jungfrauenchor gebildet, der u. a. die Fortsetzung des Leihenganges bei Beerdigungen übernommen hat.

Schölla, 10. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Samstag abend in der Wohnung eines Arbeiters in der Homburgstraße. Dort saß das achtjährige Töchterchen am Tische und machte eine Schularbeit,

lassen, um, falls es der Polizei einfallen sollte, dort Nachschau zu halten, auch nicht den leisesten Verdacht zu erregen. Natürlich konnte er sich des Zeugs nur nachts entledigen und daher die Zerstörung, die er beim Hineinschaffen der Bretter im Dunkeln anrichtete.

Allerdings hätte er die Bretter auch in seiner Wohnung verbrennen können. Aber dazu fehlte es ihm offenbar an Zeit, da er ja schon am 27. April offiziell „abreiste“. Da mochte ihm die selten betretene Kammer knapp neben seiner Wohnungstür gerade gelegen kommen.

Es scheint, daß mein Vorgänger wirklich ein wenig boshaft war“, sagte Hempel laut. „Aber wenn Sie mich in Ihre Vorratskammer führen wollten, Fräulein Erath, würde ich Ihnen mit Vergnügen helfen, den Schaden wieder gut zu machen so weil es geht.“

„Das wäre wirklich zu lieb! Aber ich weiß nicht, ob ich es annehmen kann.“

„Wah, wir sind doch Nachbarn! Kommen Sie, wir wollen gleich Ordnung schaffen!“

Die Kammer, wohin Fräulein Erath den Detektiv führte, war klein und besaß nur ein Luftloch hoch oben. Auf Wandbrettern standen sauber allerlei Vorräte in Gläsern, Beuteln und Papierpacken. Davor lagen in wüstem Durcheinander Bretter, Holzbohlen und zerrissene Pappkarton. Eine Wehlöcher war zerrissen und von oben tropfte Zuckersaft herab. Auch ein Glas mit eingelegten Eiern, das in der Ecke am Boden stand, war zertrümmert.

„Im, wirklich schade um die guten Sachen!“ sagte Hempel. „Aber Sie müssen sich damit trösten, daß die Bretter dafür einen netten Vorrat an Brennholz geben. Ich will sie Ihnen zerhacken und dann sauber hier aufheben. Für jetzt aber schaffe ich sie in meine Wohnung.“

Er ord' gleich kräftig zu, und in fünf Minuten war kein Holzspan mehr zu sehen. Die Holzbohle wurde sauber in einen leeren Korb gestopft und nachdem der gefällige Herr Möbelsack Wasser aus seiner Wohnung geholt, wusch er mit der Pappkartonwand den Boden und die besudelten Wandbretter ab, während Fräulein Erath zu ihrer Erleichterung von dem aufsteigenden verdorbenen Mehl doch noch einen großen Teil retten konnte.

(Fortsetzung folgt.)

wobei es eine kleine Metallhülle in der Hand hielt, die es als Halter für abgebrochene Geißel benutzen wollte; wie das Kind sagte, hätten zahlreiche andere Kinder ebenfalls derartige Hüllen, die dem gleichen Zweck dienen sollten. Auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise explodierte plötzlich die Hülle (vermutlich eine Sprengkapsel von einer Stielhandgranate), riß der Kleinen die linke Hand glatt ab und verletzte sie außerdem noch an der rechten Hand, der Stirn und an der Brust. Die mit am Tische sitzende Mutter wurde ebenfalls an der Stirn verletzt. Beide kamen sofort ins Krankenhaus.

Frankfurt, 11. Febr. (Gefängnis für Hundediebe.) Eine Dame besaß einen Kelpinscher im Werte von 600 Mark. Das Hündchen war ihr eines Tages abhanden gekommen. Als sie dann einige Zeit später einen Einkauf in der Friedberger Landstraße machen wollte, war sie hocherfreut, als sich plötzlich ihr Hund meldete und an ihr emporsprang. Hinterher kam auch schon ein junger Mann, der Jahrbursche Robert Brummer aus Niederrad, sollte den Hund an und verschwand. Der Hundebesitzer wurde ermittelt und erhielt vom Schöffengericht einen Monat Gefängnis.

Frankfurt, 11. Febr. (Die fleißige Birte.) Frau Härdt, die Birte zur „Bibelle“, einer Weinkeiße mit Weißerbedienung hatte sich am 4. März 30 lebhaften Betrieb. „Noch“ sagte das Gericht, „schon“ hält Frau Härdt entgegen, denn sie sei eine fleißige Frau und habe so früh aufgemacht. Unter den Gästen herrschten angetrunkene Frauenzimmer vor. Aber auch Offiziere der Reichswehr amüsierten sich noch dort. Frau Härdt hat jetzt eine solide Bierwirtschaft; allein der Strafbefehl von 1000 Mark wurde auf 1500 Mark erhöht.

Bingen, 11. Febr. Eine Verschandelung des Niederwaldes, auf dessen Höhe das Nationaldenkmal steht, soll bevorstehen. Das Hotel „Jagdschloß Niederwald“ und andere Gaststätten am Ende der von Ahmannshausen zum Niederwalddenkmal führenden Zahnradbahn sollen vom Forstfiskus neu verpachtet werden. Es besteht die Absicht, ein großes Ausflugsrestaurant auf dem westlichen Abhang zu errichten. Um für den Neubau Platz zu machen, soll ein Stück Eichenwald niedergelegt werden, so daß das neue Grandhotel das Niederwalddenkmal überschatten würde.

Wien, 9. Febr. (Der Schleier der Orient.) In Wien weilen zurzeit einige Orientalen für die schwarzen Truppen, die sich tief verheilt haben und want im Straßenbild zeigen. Am Münsterplatz einem der Verkehrsknotenpunkte der Stadt, hat nun heute ein französischer Offizier, der sich in Zivil befand, beobachtet haben, daß eine Deutsche absichtlich auf den überlangen Schleier einer dieser Damen des Orients getreten sei. Er ließ sie kurzerhand verhaften. Ein deutscher Beamter, der sich vermittelnd betätigen wollte, wurde ebenfalls festgenommen, ferner drei weitere deutsche Personen. Im Handumdrehen hatten sich mehrere hundert Personen angesammelt, die ihren Ansichten ziemlich deutlich Ausdruck gaben. Man sieht daraus, wie leicht man sich hierzulande gegen die Ehre der alliierten Nationen vergehen kann.

Zweibrücken, 10. Febr. Einen Regen von Papiergeld gab es dieser Tage in der Markstraße. Ein Handelsmann hatte sich als Aufbewahrungsort für mehrere hundert Mark Papiergeld in Zwanzig und Fünfzig-Markscheinen und kleineren Noten seinen Hut ausgelegt. Plötzlich riß der Sturmwind die Kopfbedeckung vom Kopfe des Geldträgers und unter großem Hallo der Passanten wirbelten die Scheine auf der Straße herum.

Begdorf, 11. Febr. (Aufgeklärte Mordtaten.) Der hiesigen Polizei ist es dieser Tage gelungen, zwei im vorigen Jahre verübte Mordtaten aufzudecken und die Täter zu verhaften. Im Mai verfiel im benachbarten Scheuerfeld ein fremder Kaufmann namens Külling, der dort Zigaretten aufkaufen wollte. Man will ihn von Scheuerfeld ins besetzte Gebiet verwiesen haben. Es fehlte jedoch von dem Tage ab jede Nachricht und Spur von ihm. Da er eine namhafte Geldsumme bei sich geführt haben soll, vermutete man immer, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Als Täter wurde nun ein Schuhmacher verhaftet. Er hat die Tat auch eingestanden. — Am 3. Juni wurde im Walde bei Wallmeroth der Förster Schulte von hier von einem Wilderer erschossen. Bisher schwelte ein gewisses Dunkel über der grauenvollen Tat. Nunmehr sind die Mordtaten ermittelt und verhaftet: es sind Peter Meiser und Peter Lorenz aus Bruch.

Die Grippe.

Berlin, 11. Febr. (M.B.) In den letzten Tagen hat die Grippe hier nicht nur an Ausdehnung, sondern auch an Schwere der Einzelfälle zugenommen. Die Sterblichkeit wuchs bedrohlich.

In schwerer Seesnot.

Haugesund, 11. Febr. (M.B.) Borgeiern abend ist der deutsche Dampfer „Pinsloff“ (?) aus Hamburg zwei Seemeilen westlich von Usire auf Grund geraten. Der dicke Schneetregen hinderte die 30 Mann starke Besatzung, das Leuchtfeuer von Usire zu sehen. Die harte See war das Schiff weiter auf Grund, so daß es mitten durchbrach. Der Achterteil glitt zurück und die zehn Mann, die sich dort befanden, kamen ums Leben. Die Überlebenden retteten sich auf eine Klippe, wo sie sich die ganze Nacht über aufhalten mußten. Das 5000 Tonnen große Schiff, war nach Norwegen unterwegs, um Fische zu holen. Heute ragen nur noch die Masten aus dem Wasser hervor. Fast unmittelbar, nachdem das Unglück geschehen war, sah man auf Usire ein Boot, das Notsignale gab; doch war es bei dem orkanartigen Sturm unmöglich zu Hilfe zu kommen. Gegen Morgen ließen Rettungsboote aus, denen es gelang, die Überlebenden zu retten, die schwere Leiden durchgemacht haben.

Der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert! Nach den soeben einlaufenden tabellarischen Übersichten zur Statistik des Zentralverbandes deutschen Konsumvereine betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften am 31. Dezember 1919 1127. Zur Verbandstatistik berichteten 1098, deren Mitgliederzahl 2300033 betrug. Im Vorjahre betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften 1067. Zur Statistik berichteten 1067 mit 2196081 Mitgliedern. Hierin sind die Konsumgenossenschaften für Essig-Bohringen und deren Mitgliederzahl nicht eingerechnet. Eine zweite konsumgenossenschaftliche Gruppe ist im Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vertreten. Deren Mitgliederzahl betrug reichlich 300 000. Außerdem bestehen eine Anzahl genossenschaftlicher Revisionsverbände, die keinem Zentralverband angeschlossenen sind, und eine Anzahl

von Konsumvereinen, die auch keinem Revisionsverband angeschlossenen sind. Deren Mitgliederzahl kann mit Zuhilfenahme amtlicher statistischer Feststellungen auf rund 600 000 angenommen werden. Somit beträgt die Zahl aller Mitglieder der deutschen Konsumvereine insgesamt 3200 000. Die Konsumvereinsmitglieder sind Haushaltungsvorstände; jedes Mitglied repräsentiert eine Familie. Die Gesamtheit der konsumgenossenschaftlich erfahren Volksgenossen beträgt somit 13 bis 16 Millionen, mit anderen Worten: Der vierte Teil des deutschen Volkes ist konsumgenossenschaftlich organisiert.

Der Hund ist ein Gegenstand des täglichen Bedarfs! so lautet die Urteilsbegründung des Wiesbadener Schöffengerichts in einer Strafsache. Eine Frau hatte einen Hund für 30 Mark gekauft und im „Handumdrehen“ für 250 Mark verkauft, also für einen Gegenstand des täglichen Bedarfs einen übermäßigen Gewinn, 800 Proz., genommen. Sie wurde denn auch verurteilt.

Der Kommunist repariert das Geld. Das deutsche Geld ist, abgesehen von der Baluta, recht schlecht: im Material, in der Haltbarkeit. Oft und öfter erweisen die kleinen Geldscheine sehr lebhaft die Erinnerung, daß Papier aus Lumpen hergestellt wird. . . . Nun ist man nicht sehr zimperlich, zerlumptes, eckiges Kleingeld wieder gütig zu machen; wozu gibt es Klebepapier! Und so erscheint denn mancher Fünfzigpfennigschein dreifach verziert: durch die Klebepflaster auf beiden Seiten. Diese Klebepflaster geben eine ausgezeichnete „Reliamesche“ ab, die, kostenfrei durch Hunderttausende von Händen wandernd, nun politischer Werbung dienen. Etwa so, wie der Schweizer Briefkessel in den Zeiten schlimmer Not, die Mahnung auf Millionen Postsendungen in die Welt schrieb: Spart mit Fleisch! Den Kommunisten gebührt das Verdienst, die „Klebpflaster“ der Propaganda erschaffen zu haben: sie klebten die zerlumpten Scheine mit schmalen Streifen zusammen, und auf Ein- und Rückmarktscheinen ließ man in rotem „Quadrat“: „Was ist die Mark wert? So viel wie Ebert und Ludendorff!“ oder „Wer repariert die zerlumpten Scheine? Der Kommunist.“

Hämlicher Teil.

(Nr. 24 vom 13. Februar 1920.)

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises Limburg mit Ausnahme von Elz

Den in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen kann beim Vorhandensein einer wirtschaftlichen Notlage aus den vom Reiche zur Verfügung gestellten Mitteln eine wirtschaftliche Beihilfe gewährt werden. Ferner kann ausnahmsweise die während der Dauer der Gefangenschaft nicht gezahlte Löhnung unter bestimmten Voraussetzungen nachgezahlt werden. Die Anträge auf diese Bezüge müssen von den ehemaligen Kriegsgefangenen bei der Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle gestellt werden. Sehr oft kommen Heimkehrer hierher, denen unbekannt ist, wo sich die für sie zuständige Kriegsgefangenenheimkehr befindet, und die sich erst haben durchfragen müssen. Meine Anordnung vom 22. August 1919 im Kreisblatt Nr. 195, daß die Herren Bürgermeister die heimkehrenden Kriegsgefangenen auf die hier geschaffene Kriegsgefangenenheimkehr aufmerksam machen sollen, scheint nicht überall beachtet zu werden. Ich erinnere deshalb nochmals an die genaue Befolgung dieser meiner Anordnung. Das Geschäftszimmer der Kriegsgefangenenheimkehr befindet sich in Limburg im Wadendorferhof, Zimmer Nr. 4, (Saurtaufgang). Die Benachrichtigung der heimkehrenden Kriegsgefangenen muß möglichst sofort nach ihrem Eintreffen erfolgen. Fast jeder Heimkehrer meldet sich persönlich in Limburg beim Bezirkskommando an, und kann bei der Gelegenheit dann auch auf der Kriegsgefangenenheimkehr vorsprechen.

Für die Heimkehrer aus Limburg, Hadamar, Camberg und Elz befindet sich die Kriegsgefangenenheimkehr auf dem Bürgermeisteramt ihres Wohnortes.

Limburg, den 20. Januar 1920.

R. Wa. 585.

Der Landrat.

Diejenigen Herren Bürgermeister, die mit Erledigung meiner Verfügung vom 24. vor. Mts. — Tgl. 2. Nr. 178 — Kreisblatt Nr. 22, betreffend den Verlauf des letzten Hochwassers und die entstandenen Hochwasserschäden, noch im Rückstande sind, werden an umgehende Berichterstattung erinnert.

Limburg, den 10. Februar 1920.

Tgl. 2. Nr. 178.

Der Landrat.

Verordnung

Auf Grund der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9. 1915 (R. G. Bl. S. 607) und 4. 11. 1915 (R. G. Bl. S. 728) und des § 13 a der R. G. O. (R. G. Bl. S. 525/535) wird für den Kreis Limburg folgendes bestimmt:

§ 1. Die Ausfuhr von Hülsenfrüchten, die Erbsen oder Pflanzlingen, Speisebohnen, Ackerbohnen und Linsen aus dem Kreise Limburg ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Kommunalverbandes gestattet. Zu Bahntransport ist ein vom Kommunalverband gestempelter Frachtbrief erforderlich.

Die Ausfuhr wird nur gestattet, wenn die aufgelegten Pflichtmengen an den Kommunalverband geliefert sind.

§ 2. Übertretungen der vorstehenden Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar. Neben dieser Strafe können die Häftlinge zugunsten des Kommunalverbandes ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt werden.

§ 3. Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Limburg, den 7. Februar 1920.

Ramens des Kreisamtschuldes.

Der Vorsitzende.

Schellen.

Wird veröffentlicht.

Ich ersuche die Herren Bürgermeister, vorstehende Verordnung wiederholt auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Limburg, den 7. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisamtschuldes.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 5,25 Uhr, Samstag morgen 8,30 Uhr, Samstag nachmittag 3,30 Uhr, Sabbat Ausgang 6,30 Uhr.

Für die freundlichen Glückwünsche
zur Verlobung danken herzlichst

Werner Holt,
Hauptmann.
Schwerin.

Marga Grunenberg
geb. Skredaki.
Limburg.

8/34

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Betrifft: Einreichung der Umsatzsteuer- Erklärung für das Jahr 1919.

Es wird nochmals an die Einreichung der Umsatzsteuer-
erklärung erinnert. Da die fristgemäße Einreichung am 31.
Januar d. Js. abgelaufen ist, kann von den nachträglich ab-
gegebenen Erklärungen ein Zuschlag zur Steuer erhoben wer-
den. Sollten bis zum 20. d. Mts. die fehlenden Erklä-
rungen nicht abgegeben sein, so wird unweigerlich dieser Zu-
schlag festgesetzt.

Vordrucke sind beim Magistrat (Zimmer 6, Stenobüro)
abzuholen.

Limburg, den 10. Februar 1920

10/34 Der Magistrat (Umsatzsteueramt).

Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer- zuschläge für 1919.

Durch übereinstimmende Beschlüsse des Magistrats und der
Stadtratsversammlung sind mit Genehmigung des Be-
zirksausschusses vom 5. 2. 1920 die Gemeindecinkommensteuer-
Zuschläge für das Steuerjahr 1919 (1. April 1919 bis 31.
März 1920) von 200 auf 250% erhöht worden.
Die Erhebung des Betrages dieser 50%igen Erhöhung
durch die Stadtkasse erfolgt als 5. Steuerrate im März d.
Js. Die Nachtragssteuerzettel befinden sich bereits in den
Händen der Steuerpflichtigen.

Limburg, den 11. Februar 1920.

11/34 Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Maurerarbeiten nebst Lieferung der Ma-
terialien zur Herstellung einer Stützmauer im Orts-
bereich zu Ginnerich sollen getrennt in 2 Lose:

- Los I. Maurerarbeiten (Arbeitslohn),
- Los II. Maurermaterialien

im Wege des schriftlichen Angebotes vergeben werden.
Die Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Auf-
schrift versehen, bis zum

Montag den 23. Februar er.,
vormittags 10 Uhr

dem Kreisbauamt in Weilburg einzureichen, woselbst
in Gegenwart der Unternehmer die Eröffnung stattfindet.
Dabei sind auch die Bedingungenunterlagen einzusehen
und die Leistungsformulare gegen Erstattung der Anfertigungs-
kosten von 0,50 Mk. für jedes Los zu haben.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Weilburg, den 10. Februar 1920.

1/34 Der Kreisbaumeister.

**Zahle
tatsächlich
für jede Silbermark 8,50—9 Mk.**

Bei grösseren Posten mehr.

Kaufe auch ausländische

2/34

Silbermünzen

und allerhand Silbersachen, Uhren, Ketten,
Leuchter usw. Zahle noch nie dagewesene
Preise. Auswärtige Kunden erhalten bei
grossen Posten Fahrt-Vergütung.

Mandel, Frankfurt a. M.,

Uhlandstr. 36, 3 (Ecke Ostendstrasse).
Strassenbahn mit Linie 15, 18, 19 und 7.

Von heute ab wird

Gerste geschält.

Wilhelm Kremer, Brückenmühle, Niederbrechen.
Mahlscheine, bitte mitzubringen.

4/34

Wirksames Inserationsorgan

ist der in

LIMBURG (Lahn)

im 83. Jahrgang

tägl. erscheinende



Gegründet
1885.

"Limburger Anzeiger"
Amtl. Kreisblatt.

Anzeigenblatt

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden

in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 4,95 M. vierteljährlich.

1836
gegründet.

Evg. Männer- u. Jünglings-Verein

Sonntag, den 15. Februar 1920

„17. Stiftungsfest“.

Nachmittags 4 Uhr Theateraufführung:

„Die zärtlichen Verwandten“.

Abends 7½ Uhr ab:

Gemütliches Beisammensein.

Der Vorstand.

NB. Beschränkte Einführung durch die Mitglieder.
Mitglieds- u. Einführungskarten sind Mittwochs
(Bereinsabend) sowie Sonntag, den 15. von 11—1 Uhr er-
hältlich. 11/32

Männer-Gesangverein Hahnstätten.

Dirigent: Herr Chormeister Müller, Oberhausen.

Sonntag den 15. Februar 1920, abends 7 Uhr 30:

KONZERT

in der Turnhalle zu Hahnstätten unter gütiger
Mitwirkung des Herrn Wittstadt-Hahnstätten (Bariton).

I. Teil.

Chöre von Padbertsky, Jüngst, Wengert, Leyendecker

u. a. m.

II. Teil.

Theater-Aufführung: „Die Waffen nieder“.

Drama in 4 Akten nach dem gleichnamigen Roman
von Berta Suttner. 9/33

Nach dem Konzert: **BALL.**

**Verband Deutscher Kriegs-
beschädigter u. Hinterbliebener**
Ortsgruppe Burgschwalbach.

Kommenden Sonntag, den 15. Februar, von
2½ Uhr nachmittags und 7½ Uhr abends ab findet
auf der Burg Schwalbach ein

Wohltätigkeitskonzert

mit darauffolgendem **Ball** statt.

Zur Interesse der guten Sache bittet um zahlreichen Besuch
Der Vorstand.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei
Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufs-
angebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unter-
liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffent-
lichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der
Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und
Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche ver-
öffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der
Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den
Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim
Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%
Die Verkäufer können bei der Festsetzung des Verkaufspreises
hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.

Diej. Verl., w. die Uhr
für Ritzes, Wenzfelden abgeh.
hat, soll diese sof. zurückgeben,
da Strafentwurf erfolgt. Uhr
hat Monogr. A. N. u. rotw.
grün. Streifen auf dem Zif-
ferblatt. 3/34

Für Kranke!

E. Melcher,
Hombörsch und Mageloth,
Limburg a. L., Diezerstr. 74
Sprechz. 9—12 und 1—4.
Sonntags bis mittags.
Bei Anfragen von auswärts
Rückporto. 17/24

Bügler und Koche

elektrisch. Prospekt gratis.
R. Richter, Aschaffenburg 81
Wärzburgerstr. 76.

Dezimal- Wage,

50 Pfd. wiegend, noch gut
erhalten, zu verkaufen.
Wo, sagt die Expd.

Gänsebruteier

von schweren Emdener Gänsen
laufend abzugeben. 2/31
Brückenvorstadt 2.

Ein Schaufenster mit Rolladen

zu kaufen gesucht.
Off. mit näh. Angaben unt.
Nr. 15/32 an d. Exp. d. Bl.

Gebrauchter, gut erhaltener
kleiner Herd

zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 5/34
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Maskenanzüge

leichte, sowie

sämtliche Karnevalartikel

1/32

Adolf Stein, Limburg

Salzgasse 5, Telefon 347.

Deutsche Warte

Für:
Heimstätten

Gegen:
Bodenwucher

Herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

Der beauftragte von Röntgen und Frauen
aller Parteien als Kandidat für die
Reichspräsidentenschaft
ausgestellt ist

Mit 2. — monatlich
(mit 6 Beilagen wöchentlich)

Verlag der Deutschen Warte,
Berlin NW 6.

:: Zur Beachtung ::

Es sei wiederholt darauf aufmerk-
sam gemacht, dass wir in den
Fällen von telefonisch an uns
übermittelten Anzeigen keinerlei
Haftung für die Richtigkeit des
Textes übernehmen können.

**Die Geschäftsstelle
des Limb. Anzeiger.**